

LTWP-9 9. Tatsächliche Gleichstellung – Gerechte Geschlechterpolitik

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.09.2020

Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 9 Geschlechtergerechtigkeit – Gleichstellung – Regenbogen

Text

1 Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen
2 und teilhaben können. Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, Lohngerechtigkeit,
3 gleiche Berufschancen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle
4 Geschlechter sind Werte, die unseren Weg bestimmen und Ziele, die wir erreichen
5 wollen.

6 Die Coronakrise hat bestehende Ungleichheiten deutlich sichtbar gemacht und
7 vielfach weiter verstärkt. Oft waren es die Frauen, die ihre Stelle reduziert
8 haben oder zu Hause geblieben sind und mit dem Spagat zwischen Homeschooling,
9 Homebetreuung und Homeoffice belastet waren. Gerade jetzt kommt es darauf an,
10 dass wir Fortschritte machen auf dem Weg hin zu einer fairen Verteilung der
11 Einkommen, der Sorgearbeit und der Einflussmöglichkeiten zwischen Frauen und
12 Männern, statt tiefer in alte Rollenmuster zurückzufallen.

13 Wir müssen endlich die tradierten Rollenvorstellungen und auch strukturelle
14 Benachteiligungen überwinden. Niemand darf ausgegrenzt oder benachteiligt werden
15 oder gar Gewalt erfahren müssen. Jede*r muss jederzeit und überall ohne Angst
16 ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir werden entschieden gegen jede Form
17 der sexuellen Diskriminierung und auch der sexualisierten Gewalt vorgehen. Unser
18 Ziel ist die vollständige Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ
19 auf allen Ebenen.

20 Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen

21 Feminismus ist ein Kernanliegen unserer Politik. Unser Ziel ist es, die
22 Gleichstellung von Frauen in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen tatsächlich
23 durchzusetzen. Neben dem Einsatz für Frauenrechte und Frauenförderung kommt es
24 auch darauf an, dass wir die ungleiche Verteilung von Macht in unserer
25 Gesellschaft und strukturelle Benachteiligungen von Frauen auflösen.

26 Frauen arbeiten durchschnittlich für deutlich geringere Bezahlung, übernehmen
27 die meiste Haus- und Familienarbeit und sind in gehobenen Leitungspositionen
28 durchgängig stark unterrepräsentiert. Frauen haben auch in Rheinland-Pfalz rund
29 20 Prozent weniger Einkommen als Männer. Durch die Folgen der Corona-Krise sind
30 Frauen bei der Teilhabe am Erwerbsleben weiter zurückgefallen. Wir GRÜNE wollen
31 die Lohnlücke endlich schließen. Deswegen werden wir uns über den Bundesrat für
32 ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz einsetzen. In Rheinland-Pfalz erstellen
33 wir einen Lohnatlas, um mehr Transparenz zu erreichen.

34 Der Großteil der Haus- und Sorgearbeit wird immer noch von den Frauen erledigt.
35 Flexiblere Arbeitszeitmodelle können Frauen und Männer dabei unterstützen, sich
36 die Sorge für ihre Familie und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu
37 teilen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Eltern familiengerechte
38 Arbeitszeiten wählen können. Dazu brauchen wir ein Recht auf Teilzeit, ein Recht
39 zur Rückkehr in Vollzeit und mehr Möglichkeiten des Studiums in Teilzeit. Auf

40 Bundesebene muss das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von
 41 Familien mit Kindern ersetzt werden, um Fehlanreize für eine ungleiche
 42 Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zu verhindern. Zuverlässige
 43 Ganztagsbetreuungsangebote sind die Grundlage dafür, Barrieren für eine gleiche
 44 Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben abzubauen.

45 Die Hälfte der Macht den Frauen

46 Weniger als 30 Prozent der abhängig Erwerbstätigen in Führungspositionen in
 47 Rheinland-Pfalz sind weiblich – obwohl die Frauen im Durchschnitt höhere
 48 Bildungsabschlüsse als Männer erreichen. Oft hilft die freiwillige
 49 Selbstverpflichtung nicht, deswegen sind Quoten ein wichtiges Instrument für
 50 mehr Parität. Wir GRÜNE kennen aus eigener Erfahrung mit der Quote die positiven
 51 Effekte. Eine Quote verändert auch die Führungskultur, den Kommunikationsstil,
 52 führt zu Vielfalt und nachweislich zu mehr wirtschaftlichen Erfolg. Zusätzlich
 53 wollen wir mehr Sensibilität für die Option „Führen in Teilzeit“ schaffen.

54 Wir haben ein klares Ziel: 50 Prozent Frauen in Parlamenten, Aufsichtsräten,
 55 Regierungen und Chefetagen. Der derzeitige Frauenanteil im Landtag liegt bei
 56 rund 33 Prozent. Wir GRÜNE wollen die Rahmenbedingungen für mehr Frauen in der
 57 (Kommunal-)Politik verbessern, beispielsweise durch einen rechtlichen Rahmen für
 58 familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und die Durchführung
 59 digitaler Sitzungen. Im Vorfeld der Kommunalwahl 2024 wollen wir Frauen auf dem
 60 Weg zu einer Kandidatur mit einem Mentoringprogramm ermutigen und unterstützen.
 61 Weiterhin setzen wir uns für ein wirksames Paritätsgesetz mit verbindlichen
 62 Vorgaben ein.

63 Gleichstellung darf kein politisches Nischenfeld sein, es muss das gesamte
 64 politische Handeln durchziehen. Nur so kann Gender Budgeting gelingen. Das
 65 bedeutet die Bewertung der finanziellen Mittel danach, welchen Geschlechtern sie
 66 zugutekommen und ob sie zur tatsächlichen Gleichstellung beitragen. Die
 67 gesetzlichen Rahmenbedingungen für Frauenbüros und Gleichstellungsstellen wollen
 68 wir verbessern.

69 Stereotypen entgegenwirken

70 Frauen und Männer haben gleiche Rechte, aber die Verwirklichung ihrer
 71 Möglichkeiten wird noch immer stark von unterschiedlichen Rollenbildern geprägt.
 72 Wir wollen eine bewusste Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen
 73 Stereotypen erreichen. Beispielsweise in Medien, Werbung und Schulbüchern soll
 74 die Darstellung vielfältiger Rollenbilder zur Norm werden. Bei der Berufswahl
 75 junger Menschen ist die klassische Rollenverteilung häufig noch ausschlaggebend.
 76 Wir möchten deswegen die Förderung einer Berufswahl nach Interessen und
 77 Fähigkeiten unabhängig von hergebrachten Rollenklischees fortführen – unter
 78 anderem durch gendersensible Berufsberatung, Sensibilisierung der Fachkräfte in
 79 der Berufsberatung und Berufsorientierung. Dies wollen wir mit einer
 80 landesweiten Kampagne unterstützen. Das Ada-Lovelace-Projekt, das mehr Mädchen
 81 zu einem Studium in den MINT-Fächern führen soll, werden wir fortsetzen.

82 In sozialen Berufen, zum Beispiel in der Pflege oder Erziehung, liegt der
 83 Frauenanteil in Deutschland bei bis zu 80 Prozent. Diese Arbeit geht oft einher
 84 mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und schlechter Bezahlung. Wir
 85 unterstützen deshalb die Gewerkschaften in ihrer Forderung, die Tarifbindung zu
 86 stärken sowie die Einkommen und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

87 Da Frauen als Gründerinnen deutlich unterrepräsentiert sind, wollen wir ein
 88 Gründerinnenzentrum einrichten und einen Gründerinnenpreis ins Leben rufen.
 89 Regionale Zentren für Existenzgründer*innen sollen frauenspezifische Angebote
 90 mehr als bisher berücksichtigen.

91 Sexismus die rote Karte zeigen

92 Sexismus ist immer noch allgegenwärtig: Sexistische Kommentare, verbale
 93 Belästigung, physische Übergriffe bis zur sexuellen Gewalt erleben Frauen im
 94 Alltag, beim Arbeitsplatz, im privaten Umfeld, in der Freizeit. Wir GRÜNE werden
 95 auch künftig gegen sexistische Strukturen in unserer Gesellschaft kämpfen. Dazu
 96 muss die Kampagne Laut♀Stark ausgeweitet werden. Die #metoo-Bewegung hat viele
 97 Betroffene dazu ermutigt, offen zu sprechen. Wir wollen ein gesellschaftliches
 98 Klima, in dem sich Männer und Frauen im Kampf gegen Sexismus solidarisieren und
 99 die Täter keine Rückendeckung mehr erhalten. Betroffene sexistischer Übergriffe
 100 sollen schnell und einfach Unterstützung erhalten. Mit einer Bunderatsinitiative
 101 wollen wir ein Verbot sexistischer Werbung erreichen.

102 Gewalt gegen Frauen stoppen

103 Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles Problem, sondern Ergebnis ungleicher
 104 Machtverhältnisse. Wir GRÜNE treten konsequent für den Schutz von Frauen und
 105 Mädchen vor jeglicher Gewalt ein. Deshalb wollen wir präventive Konzepte
 106 stärken. Unser Ziel ist es Frauenhäuser, Frauennotrufe, Interventionsstellen
 107 sowie Frauenhausberatungsstellen weiter auszubauen. Das Interventionsprojekt
 108 gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) weiten wir aus und richten
 109 weitere Interventionsstellen ein. Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
 110 (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
 111 und häuslicher Gewalt) erarbeiten wir gemeinsam mit der von uns eingesetzten
 112 Koordinierungsstelle und den gegen Gewalt tätigen staatlichen und
 113 nichtstaatlichen Institutionen einen Landesaktionsplan.

114 Jedes Mädchen und jede Frau, die Schutz braucht, soll ihn bekommen. Wir wollen
 115 eine Clearingstelle für betroffene Frauen einrichten. Diese soll in akuten
 116 Situationen eine Schutzunterkunft bieten, Hilfebedarfe individuell abklären und
 117 alternative sowie ergänzende Unterstützungsangebote zur Unterbringung in
 118 Frauenhäusern vermitteln. Wir GRÜNE haben die Frauenhausplätze bereits ausgebaut
 119 und wollen weitere Plätze schaffen. Nach dem Aufenthalt in Frauenhäusern wollen
 120 wir Angebote für das zweite Wohnen (Second-Stage) machen. Diese sollen die
 121 Möglichkeit bieten, in einer kleinen Wohngemeinschaft mit Betreuung zu leben,
 122 bevor die Frauen in eine eigene Wohnung ziehen. So werden die Frauenhäuser
 123 entlastet und die Frauen haben einen weichen Übergang in ein eigenständiges
 124 Wohnen.

125 Frauen mit Behinderungen sind besonders häufig von sexualisierter Gewalt
 126 betroffen. Daher wollen wir den barrierefreien Aus- und Umbau von Frauenhäusern
 127 weiter fördern und ein barrierefreies und kompetentes Schutz- und
 128 Beratungsangebot etablieren.

129 Das Modellprojekt Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung werden wir
 130 landesweit ausbauen, um Betroffene wohnortnah Unterstützung, Beratung wie auch
 131 die Möglichkeit einer vertraulichen Spurensicherung zu gewährleisten. Darüber
 132 hinaus wollen wir ein Netzwerk gegen weibliche Genitalverstümmelung aufbauen.

133 Wohnungslose Frauen sind besonders schutzbedürftig. Wir werden sie mit einem
 134 breiteren frauenspezifischen Angebot an Unterkunft, Verpflegung und Beratung
 135 unterstützen.

136 Schutz für Prostituierte

137 Wir setzen uns entschieden gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ein.
 138 Gleichzeitig ist uns das Recht auf Selbstbestimmung im Umgang mit Prostitution
 139 ein wichtiges Anliegen. Deshalb lehnen wir es ab, Menschen in der Prostitution
 140 zu kriminalisieren und zu stigmatisieren. Vielmehr müssen Menschen in der
 141 Prostitution, insbesondere in der Armutprostitution, gezielt vor Ausbeutung
 142 geschützt und ihre rechtliche und soziale Situation verbessert werden. Das
 143 gelingt nur, wenn wir die Unterstützung, Beratung und Ausstiegshilfe für
 144 Frauen in der Prostitution landesweit ausbauen.

145 Sexuelle Selbstbestimmung

146 Die Schwangerschaftskonflikt- und Sexualberatung wollen wir stärken. Aufklärung
 147 und Sensibilisierung tragen ganz zentral dazu bei, Missbrauch zu verhindern und
 148 selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung zu unterstützen. Ungewollt
 149 schwangere Frauen brauchen umfassenden und schnellen Zugang zu Informationen.

150 Es muss gewährleistet bleiben, dass Ärzt*innen betroffene Frauen landesweit nach
 151 medizinischen Standards versorgen können. Wir setzen uns bundesweit für eine
 152 Streichung des Paragraphen 219a StGB ein, der Werbung für den Abbruch von
 153 Schwangerschaften unter Strafe stellt. Damit wollen wir die Informationslage
 154 ungewollt Schwangerer und die Rechtssicherheit für Ärzt*innen endlich
 155 verbessern.

156 Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass Verhütungsmittel für
 157 Grundsicherungsempfänger*innen kostenfrei bereitgestellt werden.

158 Liebe, wen du willst: für Selbstbestimmung und gleiche Rechte

159 Noch immer werden LSBT*IQ angefeindet, verlieren wegen ihrer sexuellen Identität
 160 ihren Job oder trauen sich erst gar nicht, sich zu outen. Wir wollen, dass
 161 Menschen jeder geschlechtlichen und sexuellen Identität ohne Angst leben und
 162 sich überall frei bewegen können. Damit das gelingt, müssen wir an unseren
 163 eigenen Vorurteilen und Vorbehalten arbeiten. Wir wollen gemeinsam mit den Kitas
 164 und Schulen dafür sorgen, dass unsere Kinder unterschiedliche Lebens- und
 165 Familienformen kennenlernen. Denn bei uns hat die Ausgrenzung von Lesben,
 166 Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter-Personen sowie von queeren und non-
 167 binären Menschen (LSBT*IQ) keinen Platz. Unser Ziel ist die vollständige
 168 Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von LSBT*IQ auf allen Ebenen.

169 Vorurteile abbauen – Akzeptanz stärken

170 Wir wollen mit dem Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen die
 171 Sichtbarkeit und Akzeptanz von LSBT*IQ weiter stärken. Dafür ist die enge
 172 Zusammenarbeit mit den landesweiten, lokalen Vereinen und Initiativen für uns
 173 grundlegend. Die finanzielle Förderung wollen wir deutlich steigern, um in den
 174 jeweiligen Regionen die Strukturen zu festigen und neue entstehen zu lassen. Die
 175 bewährte Arbeit unserer Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche
 176 Lebensweisen und Geschlechtsidentität wollen wir in ganz Rheinland-Pfalz
 177 voranbringen, indem sie zukünftig auf ein Netz an kommunalen

178 Queerbeauftragten zurückgreifen kann. Damit sich alle Menschen ihrer Identität
179 gemäß angesprochen fühlen und nicht schon von vornherein von staatlicher Seite
180 sprachlich ausgegrenzt und diskriminiert werden, wollen wir eine konsequent
181 gendergerechte Sprache in allen Behörden, Gesetzen und auf allen Formularen als
182 Teil unserer Antidiskriminierungsstrategie umsetzen.

183 Die Vorgaben zum Sexualkundeunterricht stammen von 2009 und lassen Themen wie
184 Trans*- und Intersexualität außen vor. Wir streben daher eine Überarbeitung des
185 Sexualkundeunterrichts an, damit Kinder und Jugendliche über die geschlechtliche
186 Vielfalt aufgeklärt werden. Die Aufklärung zu sexueller und geschlechtlicher
187 Identität an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem landesweiten Netzwerk
188 SCHLAU stärken. Gender Studies an den rheinland-pfälzischen Hochschulen sind uns
189 wichtig, da sie Erkenntnisse zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aus
190 einer wissenschaftlichen Perspektive vorantreiben.

191 Sexuell und geschlechtlich selbstbestimmt leben

192 Intersexuellen Personen wird noch immer ihr Recht auf Selbstbestimmung
193 aberkannt. Nach wie vor werden intersexuelle Kinder nach der Geburt operiert, um
194 sie eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuzuordnen. Hierbei
195 handelt es sich um eine massive Grenzverletzung über die Köpfe der betroffenen
196 Kinder hinweg. Die Folgen für Psyche und Körper sind unvorhersehbar. Wir wollen
197 ein Verbot dieser Operationen. Die Bundesregierung darf dieses Unrecht nicht
198 länger zulassen. Intersexuelle Kinder sollen nicht zwangsoperiert werden,
199 sondern selbst über ihren Körper bestimmen. Die Beratung und Aufklärung der
200 Eltern intersexueller Kinder muss deshalb verbessert werden.

201 Trans*-Personen müssen zur Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität unerträgliche
202 Hürden überwinden, beispielsweise müssen sie immer noch der Pflicht zur
203 Begutachtung nachkommen. Eine Reform des Transsexuellengesetzes ist
204 unerlässlich. Zusätzlich wollen wir für Unternehmen und Behörden eine
205 Handreichung erarbeiten, damit auch Arbeitgeber*innen ihre trans*-Mitarbeitenden
206 unterstützen können. Änderungen der Vornamen an Schulen und Hochschulen wollen
207 wir deutlich erleichtern und die gesundheitliche Versorgung für trans* und
208 inter-Personen verbessern.

209 Wir werden gleiche Rechte und Selbstbestimmung für alle immer wieder öffentlich
210 fordern und so LSBT*IQ sichtbarer machen, hier insbesondere Lesben. Wir wollen
211 LSBT*IQ Sicherheit geben, um sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der
212 LSBT*IQ-Szene mit allen Facetten ihrer Persönlichkeit zeigen zu können, ohne
213 Angst haben zu müssen, angefeindet oder diskriminiert zu werden. Immer noch
214 werden schwule Männer und Trans*-Personen von der Blutspende ausgeschlossen. Wir
215 setzen uns deshalb für einen diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende ein.

216 Damit Gewalttaten häufiger zur Anzeige gebracht werden und sich Opfer
217 queerfeindlicher Gewalt besser betreut fühlen, werden wir die Anlaufstelle für
218 LSBT*IQ bei der Polizei ausbauen und die Staatsanwaltschaften für
219 queerfeindliche Gewalt sensibilisieren.

220 Unsere Vergangenheit ist eine Mahnung. Im Rahmen diverser Forschungsprojekte
221 haben wir viel für die Aufarbeitung der rheinland-pfälzischen
222 Diskriminierungsgeschichte getan und bundesweit Pionierarbeit geleistet. Nur so
223 konnten wir aufdecken, dass noch bis in die 1990er Jahre hinein lesbischen

- 224 Müttern ihre Kinder entzogen wurden. Dieses Engagement wollen wir fortführen und
225 unterstützen Bestrebungen zur Errichtung eines Gedenkortes.